



Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland ist ein Werk der Deutschen Provinz der Jesuiten K.d.ö.R.

Dr. Dorothee Haßkamp

Öffentlichkeitsarbeit

Witzlebenstr. 30a, D-14057 Berlin

Spendenkonto: BIC: GENO DED1 PAX

IBAN: DE 05 3706 0193 6000 4010 20

Telefon (030) 3260-2590

Telefax (030) 3260-2592

E-Mail dorothee.hasskamp@jesuiten-fluechtlingsdienst.de

Internet www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de

Datum **22. September 2015**

PRESSEMITTEILUNG

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Rückkehr zur Abschreckung: Verfassungswidrig und weltfremd

Berlin, den 22. September 2015. – Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst hat im Vorfeld des „Flüchtlingsgipfels“ zwischen Bund und Ländern die jüngsten Pläne als verfassungswidrig und weltfremd kritisiert. „Wir baden derzeit die Folgen einer gescheiterten Abschreckungspolitik aus. Doch während die Willkommenskultur wächst und Ehrenamtliche für überforderte Behörden einspringen, beharrt die Regierung weiter auf ihrem rückwärtsgewandten Kurs“, kritisierte JRS-Direktor Frido Pflüger SJ in Berlin.

Im Vorfeld des „Flüchtlingsgipfels“ von Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten der Länder am kommenden Donnerstag weisen die Pläne der Regierungskoalition genau in die falsche Richtung. Diese will weitere Herkunftsländer als „sicher“ definieren, Lebensmittelpakete wiedereinführen sowie einige Asylsuchende und sogenannte „Geduldete“ auf das „physische Existenzminimum“ beschränken, das noch mit einem Arbeitsverbot verschärft wird. „Zu einem menschenwürdigen Leben gehört mehr, als nicht zu verhungern – da sind sich Bibel und Völkerrecht einig. Die Beschränkung auf ein physisches Existenzminimum ist offener Verfassungsbruch“, so Pflüger SJ.

Der Jesuit, der zuvor mehrere Jahre lang als Regionaldirektor des Flüchtlingsdienstes in Ostafrika tätig war, hält Abschreckungspolitik für sinnlos: „Wann sieht die Politik endlich ein, dass Schikane kein wirksames Instrument der Flüchtlingspolitik ist? Es ist weltfremd anzunehmen, dass Menschen für ein paar Euro mehr oder weniger aus Kriegsgebieten und existenzieller Bedrohung zu uns fliehen. Sie verlassen ihre Heimat nur, weil sie müssen – und sie fliehen dorthin, wo sie sich Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit erhoffen. Die Regierung sollte ihre Kräfte darauf verwenden, die menschenwürdige Versorgung von Flüchtlingen zu gewährleisten und die vielen Menschen im Land zu unterstützen, die sich für ihre Aufnahme und Teilhabe engagieren. Außerdem muss sie die internationale Hilfe für diejenigen Staaten deutlich aufstocken, die weltweit die meisten Flüchtlinge aufnehmen.“

Für Stefan Keßler, Politik- und Rechtsreferent des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes, sind die verschärften Regelungen für „Geduldete“ populistische Augenwischerei: „Die Rückkehr zu Lebensmittelpaketen statt Geldausgabe in den Erstaufnahmeeinrichtungen schafft ein neues bürokratisches Monstrum für eine Verwaltung, die schon überlastet ist.“ Einige Regelungen sollen Menschen unter Druck setzen, denen vorgeworfen wird, ihre Abschiebung zu verhindern. Das wird nach Keßlers Erfahrung auch viele treffen, die nichts dafür können: „Ich erlebe dauernd, dass sich die zuständige Botschaft weigert, einen Pass auszustellen und damit die Ausreise zu ermöglichen, die Ausländerbehörde das aber dem Geduldeten zur Last legt. Diese Menschen sitzen buchstäblich in Deutschland fest. Sie zu ewigem Arbeitsverbot und Lebensmittelpaketen zu verurteilen, ist eines Rechtsstaats nicht würdig. Obendrein lässt sich nicht einmal das verfolgte Ziel damit erreichen, die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen. Es ist eine weitere Einschränkung, die vielen schadet und niemandem nutzt.“

Der Jesuit Refugee Service (Jesuiten-Flüchtlingsdienst, JRS) wurde 1980 angesichts der Not vietnamesischer Boat People gegründet und ist heute als internationale Hilfsorganisation in mehr als 50 Ländern tätig. In Deutschland setzt sich der Jesuiten-Flüchtlingsdienst für Abschiebungsgefangene ein, für Flüchtlinge im Kirchenasyl, „Geduldete“ und Menschen ohne Aufenthaltsstatus („Papierlose“). Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind Seelsorge, Rechtshilfe und politische Fürsprache.